

**DER ROME CONSENSUS 2.0 -  
FÜR EINE HUMANITÄRE DROGENPOLITIK**  
[romeconsensus.org](http://romeconsensus.org)

**In Anlehnung an** den *Rome Consensus für eine humanitäre Drogenpolitik*<sup>1</sup>, der 2005 von Vertretern von 121 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften aus aller Welt verabschiedet wurde und Prinzipien für eine humane und effektive Drogenpolitik formulierte, welche die individuelle und öffentliche Gesundheit priorisieren, soll der Rome Consensus 2.0 auf dem vorherigen Konsens aufbauen und um neue Unterzeichner aus der ganzen Welt erweitert werden. Gleichzeitig soll er eine Vorlage für die Politik und die Umsetzung in der Praxis für das kommende Jahrzehnt liefern.

**Anerkennend**, dass seit der Verabschiedung des Einheitsabkommens über Betäubungsmittel der Vereinten Nationen im Jahr 1961 der illegale Drogenkonsum und die damit verbundenen Probleme zugenommen haben:<sup>2</sup>

- Schätzungsweise 271 Millionen Menschen, oder 5,5 Prozent der Weltbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, nehmen Drogen, die nach internationalen Abkommen illegal sind.
- Von diesen Personen leiden etwa 35 Millionen (fast 13 Prozent) an sogenannten "Drogenkonsumstörungen", die ihre geistige und körperliche Gesundheit, ihre wirtschaftliche Produktivität sowie ihre Familie und ihre Gemeinschaft beeinträchtigen.
- Circa 1,4 Millionen Menschen, die Drogen injizieren, leben mit HIV, und 5,6 Millionen leben mit Hepatitis, was die globalen Bemühungen zur Prävention und Behandlung dieser Krankheiten untergräbt.
- Etwa 585.000 Menschen sind im Jahr 2017 an den Folgen des Drogenkonsums gestorben und die Zahl der Todesfälle durch eine Überdosis steigt in Nordamerika, Europa und anderswo weiter an.
- Weltweit befinden sich mehr als 10 Millionen Menschen im Gefängnis, von denen etwa jeder fünfte eine Strafe wegen Drogendelikten verbüßt.<sup>3</sup> Währenddessen hat ca. ein Drittel der inhaftierten Personen mindestens einmal während der Haft Drogen konsumiert.<sup>4</sup>
- Andererseits haben schätzungsweise 5,5 Milliarden Menschen (75 Prozent der Weltbevölkerung) nur begrenzten oder gar keinen Zugang zu wirksamen Medikamenten, die Substanzen wie Codein oder Morphin zur Schmerzlinderung und anderen medizinischen Behandlungen enthalten.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> <http://villamaraini.it/attivita/red-cross-and-red-crescent-partnership-on-sustance-abuse/>

<sup>2</sup> <https://wdr.unodc.org/wdr2019/>

<sup>3</sup> [https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/crime/ACONF222\\_4\\_e\\_V1500369.pdf](https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/crime/ACONF222_4_e_V1500369.pdf)

<sup>4</sup> <https://wdr.unodc.org/wdr2019/>

<sup>5</sup>

**In der Erkenntnis**, dass eine wirklich wirksame gesundheitsbasierte Drogenpolitik eine angemessene Bereitstellung von evidenzbasierter Prävention, praktischen Maßnahmen zur Schadensminderung und zugänglichen Behandlungs- und Rehabilitationsdiensten umfassen sollte. Mechanismen zur Gewährleistung der Verfügbarkeit dieser Maßnahmen sollten priorisiert werden, auch als Alternativen zur Festnahme oder Strafe bei drogenbezogenen Delikten. Zugleich hat der gesundheitsorientierte Ansatz zur Folge, dass der Zugang zu wichtigen Medikamenten zur Schmerzlinderung und für andere Bedürfnisse sichergestellt wird.

**In der Erkenntnis**, dass trotz der Fülle an Beweisen, Leitlinien und internationalen Vereinbarungen zur Umsetzung einer evidenzbasierten Politik und Praxis, die globale Bedarfsabdeckung weit hinter den Bedürfnissen zurückbleibt. Viele Strategien und Programme werden zudem nicht konsequent oder im Widerspruch zu den Erkenntnissen durchgeführt. Wir wissen, was für die Prävention und zur Behandlung von Problemen im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum getan werden kann. Es mangelt jedoch an politischem Willen, Finanzierung und Kapazitäten.

**Wir begrüßen**, dass sich 2018 alle 31 *Agencies* der Vereinten Nationen zum ersten Mal überhaupt auf einen „gemeinsamen Standpunkt zur Unterstützung der Umsetzung der internationalen Drogenkontrollpolitik durch eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Behörden“ geeinigt haben, der eine Neuausrichtung der Politik und der Programme fördert, weg von Bestrafung und Repression, und hin zur Unterstützung einer wirksamen Gesundheits- und Sozialhilfe.<sup>6</sup>

**Unter Hinweis darauf**, dass die Vorworte aller drei Drogenkontrollverträge ihre Sorge über "die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschheit" äußern. Zudem fordert das Schlussdokument der 30. Sondertagung der UN-Generalversammlung (UNGASS 2016) die Regierungen auf Personen, Familien, Gemeinden und die Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Drogenpolitik zu stellen und eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Folgen für ihre Bürger umzusetzen.<sup>7</sup>

**Wir begrüßen** die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung als gemeinsame Grundlage für globalen Frieden und Wohlstand<sup>8</sup>. Wir sehen darin zudem eine einzigartige Gelegenheit eine neue Verbindlichkeit für eine humane und effektive Drogenpolitik zu etablieren, die zum Erreichen dieser globalen Ziele beiträgt und frei ist von Ideologie, Gewalt, Stigmatisierung und Diskriminierung.

**Wir bekräftigen**, dass es von essenzieller Bedeutung ist, dass wir Menschen, die Drogen nehmen Empathie zeigen, Rückhalt geben und als geschätzte und respektierte Bürger behandeln. Dies ist grundlegend für eine humane und effektive Politik, frei von Stigmatisierung und Diskriminierung. Die Erarbeitung, Umsetzung und Bewertung der Politik

<sup>6</sup> <https://www.unsystem.org/CEBPublicFiles/CEB-2018-2-SoD.pdf>

<sup>7</sup> <https://www.unodc.org/documents/postungass2016/outcome/V1603301-E.pdf>

<sup>8</sup> <https://www.un.org/sustainabledevelopment/development-agenda/>

wird durch die Einbeziehung der Betroffenen, einschließlich der Menschen, die Drogen konsumieren (oder konsumiert haben) und jenen, die mit HIV und Hepatitis leben, verbessert und erweitert.

**Mit diesem "Rome Consensus 2.0" rufen wir, die Unterzeichner, die nationalen Regierungen, die internationale Gemeinschaft sowie regionale Einrichtungen zu folgenden Punkten auf:**

**In ihrem Umgang mit Drogenkonsum in ihren Gesellschaften:**

- Zu bedenken, dass der vorrangige Zweck der Drogenpolitik und ihrer Strategien darin bestehen sollte, die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschheit zu steigern.
- Insbesondere sollten drogenpolitische Ziele im Hinblick auf die Verbesserung der Gesundheit, die Erhöhung der Sicherheit und die Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte formuliert werden.
- Die Eliminierung aller rechtlichen und sozialen Barrieren, die die Prävention und den Zugang von Drogenkonsumenten zu psychischen Gesundheitsdiensten behindern.
- Die Beseitigung aller rechtlichen, regulatorischen, politischen und sozialen Barrieren, die den Zugang zu wesentlichen kontrollierten Medikamenten zur Schmerzlinderung und anderen medizinischen Bedürfnissen weltweit behindern.
- Zu akzeptieren, dass Bürger nicht stigmatisiert, an den Rand gedrängt oder bestraft werden sollten, nur weil sie kontrollierte Drogen konsumieren oder besitzen, und zu akzeptieren, dass nicht alle Menschen, die Drogen konsumieren, eine Intervention oder Behandlung benötigen.
- Die Implementierung umfassender Maßnahmen, um Personen, die wegen leichter, gewaltloser Drogendelikte festgenommen wurden bei Bedarf in geeignete Präventions- und psychische Gesundheitsdienststellen zu überweisen.
- Die Vermittlung von umfassenden, evidenzbasierten und sachlichen Informationen über die Auswirkungen und Risiken des Drogenkonsums, frei von Ideologien und Fehlinformationen.
- Die Sicherstellung, dass die jeweils nationale politische Reaktion auf den Drogenkonsum nicht gegen die Menschenrechte verstößt, einschließlich derjenigen, die sich auf die Gesundheit, die Freiheit von Folter oder erniedrigender Behandlung, faire Gerichtsverfahren und die UN-Kinderrechtskonvention beziehen.
- Mehr zu investieren, in effektive Prävention, Schadensminderung, Behandlung und Rehabilitation und die Kriminalisierung von Menschen, die Drogen konsumieren zu beenden zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und steuerlichen Folgen.

**In ihrer Antwort auf Menschen, die Hilfe suchen:**

- Zu erkennen, dass diese Menschen mit emotionalen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben und dass sie das Potenzial haben, diese Probleme zu überwinden und einen positiven gemeinschaftlichen und sozialen Beitrag zu leisten.

- Die Bereitstellung umfassender evidenzbasierter Angebote für die psychische Gesundheit und Schadensminderung, die die Gesundheit von Menschen, die Drogen konsumieren, schützen.
- Die Förderung von Erholung und Rehabilitation, indem Menschen, die Drogen konsumieren, die Motivation und Kraft gegeben wird, ihr Leben zu meistern, sowie praktische Hilfe zu leisten bei der sozialen Wiedereingliederung, wo dies erforderlich ist.
- Zu gewährleisten, dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden Programme umsetzen, um Menschen, die Drogen konsumieren, weg von der Strafe und hin zu Präventions- und Gesundheitsmaßnahmen zu führen.
- Sicherzustellen, dass die Strafvollzugsbehörden mindestens die gleiche Qualität und den gleichen Umfang bieten in Bezug auf Prävention, Schadensminderung, Behandlung, Rehabilitation, Pflege, Nachsorge sowie soziale und psychische Leistungen in geschlossenen Einrichtungen.

Die internationale Gemeinschaft hat zahlreiche Verpflichtungserklärungen in Bezug auf ihrer Reaktion auf Drogen abgegeben, aber es fehlt immer noch ein solides und verbindliches System, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Professionelle Gremien, die Zivilgesellschaft und betroffene Gemeinschaften müssen alle eine zentrale Rolle bei der Antwort auf Drogen spielen. Ein Erfolg wird nur dann möglich sein, wenn wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass mehr Investitionen getätigt werden und ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für die Umsetzung einer menschlicheren und wirksameren Drogenpolitik geschaffen wird.

Wenn wir zusammenarbeiten, können wir die vermeidbaren und inakzeptablen gesundheitlichen und sozialen Schäden, die mit der weltweiten Drogensituation verbunden sind, verringern und überwinden. Wir, unsere Regierungen und unsere Verbündeten verfügen bereits über die Instrumente, Leitlinien und Beweise, die wir zur Bewältigung dieser Herausforderungen benötigen. Dazu gehören unter anderem die normativen Leitlinien der Vereinten Nationen zur Prävention,<sup>9</sup> zur Behandlung,<sup>10</sup> zur Schadensminimierung,<sup>11</sup> zum Umgang mit Überdosierungen,<sup>12</sup> zur Abwendung von Verhaftungen,<sup>13</sup> zu den Menschenrechten<sup>14</sup> und zur Gewährleistung des Zugangs zu Medikamenten.<sup>15</sup>

**Dies kann das Jahrzehnt sein, in dem wir uns gemeinsam diesen Herausforderungen stellen.**

<sup>9</sup> <https://www.unodc.org/unodc/en/prevention/prevention-standards.html>

<sup>10</sup> <https://www.unodc.org/unodc/en/drug-prevention-and-treatment/publications.html>

<sup>11</sup> <https://www.who.int/hiv/pub/guidelines/keypopulations/en/>

<sup>12</sup> [https://www.who.int/substance\\_abuse/publications/management\\_opioid\\_overdose/en/](https://www.who.int/substance_abuse/publications/management_opioid_overdose/en/)

<sup>13</sup> [https://www.unodc.org/documents/UNODC\\_WHO\\_Alternatives\\_to\\_Conviction\\_or\\_Punishment\\_2018.pdf](https://www.unodc.org/documents/UNODC_WHO_Alternatives_to_Conviction_or_Punishment_2018.pdf)

<sup>14</sup> <https://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/hiv-aids/international-guidelines-on-human-rights-and-drug-policy.html>

<sup>15</sup> [https://www.who.int/medicines/publications/essentialmeds\\_committeereports/en/](https://www.who.int/medicines/publications/essentialmeds_committeereports/en/)